

## Rivalität unter Eliten

### Der Boko-Haram-Aufstand in Nigeria

Der Nordosten Nigerias, in dem die Rebellenbewegung Boko Haram entstand, gehört zu den ärmsten Regionen des Landes. Drei Viertel der Bewohner leben von weniger als einem Dollar am Tag; die Kindersterblichkeit ist hier am höchsten und die Bildungsrate am niedrigsten.<sup>1</sup> Doch die Angriffe der Aufständischen richten sich nicht gegen die politischen Eliten Nordnigerias, die für den sozialen und ökonomischen Verfall maßgeblich verantwortlich sind, sondern gegen andere, seltsam diverse Ziele: Polizeistationen, Militärcasernen, Kirchen, Bierlokale und – seit Anfang 2012 – auch Schulen, Universitäten und Zeitungsredaktionen. Die Rebellenführer behaupten, dass ihr Kampf nur von religiösen Erwägungen geleitet ist. Ihr Ziel sei, die westlich-säkulare Kultur zurückzudrängen und eine islamische Rechtsordnung aufzubauen. Doch Mohammed Yusuf, der die Gruppe 2002 in Maiduguri, der Hauptstadt des Bundesstaates Borno, gründete, hatte engen Kontakt zum politischen Establishment. Während des Wahlkampfs 2003 halfen seine Anhänger der Regierungspartei in Borno, die Opposition einzuschüchtern. Nach den Wahlen, als die Dienste der Boko-Haram-Leute nicht mehr benötigt wurden, kam es zum Zerwürfnis, und im Juni 2009 wurden einige Mitglieder von der Polizei erschossen. Als Reaktion darauf rief Yusuf einen Heiligen Krieg aus und ließ Polizeistationen, Verwaltungsgebäude und Kirchen angreifen. Doch die Dschihadisten waren nicht auf eine massive Konfrontation vorbereitet. Viele kämpften mit Macheten oder mit Pfeil und Bogen, während die Regierung die Armee einsetzte. Nach fünf Tagen Straßenkampf waren 800 Aufständische tot, unter ihnen Yusuf, der zusammen mit anderen Boko-Haram-Führern im Polizeigewahrsam exekutiert wurde.<sup>2</sup>

Der Versuch, die Gruppe militärisch zu zerschlagen, hatte jedoch keinen Erfolg. Ein Jahr nach der Niederschlagung des Aufstands war sie stärker als zuvor, und Anfang 2012 hatte sie ihre Aktionen auf fast alle Staaten Nordnigerias ausgedehnt. Ein Zeichen für ihre neugewonnene Stärke ist auch, dass die Anschläge genau koordiniert sind und dass sie mit militärischer Präzision erfolgen. Die meisten Beobachter gehen davon aus, dass Boko Haram weiterhin mit einigen einflussreichen Politikern liiert ist und von ihnen Geld und Waffen erhält. Die Finanziere sind allerdings nicht bekannt, so dass man über mögliche Motive nur spekulieren kann. Vermutlich handelt es sich bei den Förderern um muslimische Politiker, die unzufrieden sind, dass

1 Vgl. Campbell 2011, S. 11-12; National Population Commission 2008; National Population Commission 2011, S. 16, 164, 165.

2 Vgl. Crisis Group 2010, S. 36; Mohammed 2010, S. 69-83.

sich bei den Präsidentschaftswahlen 2011 ein Christ aus dem Süden, Goodluck Jonathan, durchgesetzt hat. Während des Wahlkampfes hatten einige seiner Gegner aus dem Norden gedroht, das Land unregierbar zu machen, falls Jonathan die Wahlen gewinnt. Nach seinem Wahlsieg kam es in einigen Städten des Nordens zu Angriffen auf die christliche Minderheit sowie auf muslimische »Verräter«, die Jonathan unterstützt hatten, und am Tag seiner Vereidigung explodierten drei Bomben, für die Boko Haram die Verantwortung übernahm. Zwei Wochen später ereignete sich das erste Selbstmordattentat der Gruppe, mitten in der Hauptstadt Abuja, als ein mit Sprengstoff gefüllter Wagen vor dem Hauptquartier der Polizei detonierte.<sup>3</sup>

Boko Haram wurde zuweilen als ein »Werkzeug« muslimischer Politiker bezeichnet. Es ist jedoch kaum vorstellbar, dass reiche Förderer die Gruppe kontrollieren und sie veranlassen könnten, die Waffen niederzulegen. Selbst in ihren Anfängen, als sie nur im Bundesstaat Borno operierten und vom dortigen Gouverneur Geld erhielten, waren die Gruppe und ihr charismatischer Führer sicher nicht von Politikern kontrolliert. Da Boko Haram mittlerweile Hunderte, wenn nicht Tausende von Kämpfern unter Waffen hält, ist die Organisation heute zwar mehr als zuvor auf externe Geldquellen angewiesen, aber sie hat an manchen Orten so viel Macht gewonnen, dass ihre Führer nicht um Unterstützung bitten müssen. Es heißt, dass sie von lokalen Autoritäten, vielleicht auch von den Gouverneuren einzelner Bundesstaaten, Schutzgelder erpressen.<sup>4</sup> Außerdem versuchen sie das islamische politische Establishment zu zwingen, sich für eine strikte Islamisierung von Staat und Gesellschaft einzusetzen. Offiziell gilt zwar in den zwölf nördlichsten Bundesstaaten Nigerias die Scharia, die dort auf Beschluss der Parlamente zwischen 1999 und 2002 eingeführt wurde. Aber die Politiker, die damals aus opportunistischen Gründen die Kampagne zur Einführung der Scharia angestoßen hatten, zeigten wenig Interesse, die religiösen Gesetze tatsächlich anzuwenden. Der Boko-Haram-Aufstand lässt sich als eine Reaktion auf dieses heuchlerische Spiel mit der Scharia verstehen. Muslimische Politiker, die erklärten, dass Staat und Gesellschaft nach den Gesetzen Gottes regiert werden müssen, haben sich selbst diskreditiert. Jetzt mahnen militante Muslime sie, ihre Versprechen einzuhalten.

Unter ihrem neuen Führer Abubakar Shekau lehnt sich Boko Haram an die Rhetorik und die Operationsweise internationaler Dschihadisten an. Der Sprecher der Gruppe, Abul Qaqa, erklärte, er und seine Mitkämpfer seien »spirituelle Gefolgsleute von Al-Qaida«.<sup>5</sup> Einige der Rebellen wurden in Trainingslagern von »Al-Qaida im Islamischen Maghreb« ausgebildet. Außerdem bestehen Kontakte zu Al-Qaida-Führern auf der arabischen Halbinsel sowie zu den Shabab, einer mit Al-Qaida verbündeten Organisation in Somalia. Wie weit diese Kooperation geht, ist allerdings nicht bekannt. Amerikanische Experten befürchten, dass Boko Haram

3 Vgl. Campbell, Harwood 2011.

4 Vgl. *The Nation* (Lagos), 29. Januar 2012: »Tracking the sect's cash flow«. Die hier zitierten Zeitungsartikel lassen sich fast alle im Internet aufrufen.

5 In einem Interview mit *The Guardian* (London), 27. Januar 2012: »Boko Haram vows to fight«.

Ziele außerhalb Nigerias angreifen und die Sicherheit der USA gefährden könnte. Bislang gibt es jedoch keine Hinweise, dass die Gruppe im Auftrag von Al-Qaida agiert. Der spektakuläre Angriff auf das lokale Hauptquartier der Vereinten Nationen, im Regierungsviertel von Abuja gelegen, ist wohl nicht auf Weisung externer Akteure ausgeführt worden; er dürfte sich eher aus dem Bemühen erklären, Teil eines globalen Dschihads zu werden und bei international operierenden islamistischen Organisationen Anerkennung zu finden.<sup>6</sup>

Es ist möglich, dass die Organisation ihre Operationen mit Al-Qaida abstimmen wird, doch bislang scheint ihr Verhalten von lokalen, nigerianischen Umständen bestimmt zu sein. Ich möchte daher in diesem Aufsatz das politisch-religiöse Milieu beschreiben, in dem Boko Haram sich zu einer erfolgreichen Rebellenbewegung entwickeln konnte. Dabei stütze ich mich auf meine Beobachtungen im Aufstandsgebiet und auf Gespräche mit Politikern und religiösen Führern in anderen Teilen Nigerias.<sup>7</sup> Um die Anfänge von Boko Haram zu rekonstruieren, wird im ersten Kapitel ein Blick auf das politische Machtgefüge Nigerias geworfen, auf den Wechsel von zivilen und militärischen Regimes und das Versagen der Demokratie. Der Kampf um die Kontrolle der Zentralgewalt (und damit der Öleinnahmen) wird unter den verfeindeten Eliten gewaltsam ausgetragen, mit Hilfe ethnischer und religiöser Milizen. Auch bei den Boko-Haram-Massakern geht es um politische Erpressung. Durch Angriffe auf die christliche Minderheit in Nordnigeria, insbesondere auf die »Siedler« aus dem Süden, wird die Regierung des christlichen Präsidenten unter Druck gesetzt. Die Strategie der Rebellen lässt sich jedoch nicht vornehmlich aus den Erpressungsmanövern rivalisierender Eliten erklären. Im zweiten Kapitel wird daher genauer die Interaktion zwischen Boko Haram und lokalen Politikern betrachtet. Beide Seiten kooperieren miteinander, um die jeweils andere für ihre Ziele zu benutzen, aber diese Ziele sind recht divergent. Das dritte Kapitel handelt davon, wen sich die Rebellen zum Gegner ausgesucht haben und welche Strategie sie damit vermutlich verfolgen. Im vierten Kapitel werden einige der Kontroversen nachgezeichnet, die Boko Harams militanter Islam unter Muslimen in Nordnigeria ausgelöst hat, und im fünften mögliche Optionen diskutiert, den Konflikt zu beenden.

6 Vgl. U.S. House of Representatives Committee 2011, S. 14-17; *The Guardian* (London), 27. Januar 2012: »Boko Haram: a local phenomenon«; Forest 2011, Kapitel »West, Central and Southern Africa«.

7 In meinen Studien in Nordnigeria untersuche ich den Zusammenhang von Islamisierung, ethnischer Konversion und Sprachwandel am Beispiel der Maha, einer Ethnie in Yobe State. Bei den sechsmonatigen Feldforschungen (Januar bis April 2011 und 2012) bezogen sich die Gespräche oft auf den aktuellen Aufstand und den Ausnahmezustand, der über Teile von Yobe verhängt war. Ich hatte keine Gelegenheit, mit Mitgliedern von Boko Haram selbst zu sprechen, wohl aber mit politischen und religiösen Autoritäten in den wichtigsten Krisengebieten: Maiduguri, Kano, Kaduna, Gombe und Jos, außerdem mit Nigerianern im Süden des Landes.

## 1. Ethnisch-religiöse Mobilisierung

Nigerias demokratische Institutionen haben nie funktioniert. Auch in der jetzigen Vierten Republik, die 1999 begann, ist es den Bürgern nicht gelungen, die Korruption und Willkür der Herrschenden zu brechen. Der Anteil der Menschen, die in absoluter Armut leben, hat seit dem Ende der Militärdiktatur zugenommen, obwohl die Regierung heute sehr viel höhere Einnahmen aus dem Ölgeschäft erzielt als Ende der 1990er Jahre, als der Ölpreis bei zehn Dollar pro Barrel lag.<sup>8</sup> Da die Politiker kaum einer demokratischen Kontrolle unterliegen, entscheiden sie im Wesentlichen unter sich – durch ein Spiel von Intrigen und stets wechselnden Allianzen –, wer die Regierungsmacht erhält. An Gesetze und Verfassungsprinzipien fühlt sich dabei niemand gebunden. Entscheidend bei den eliten-internen Machtkämpfen ist die Drohung mit Gewalt: Dazu muss man beweisen, dass man bereit und fähig ist, seine Gegner massiv zu schädigen.

Beim Übergang zur Unabhängigkeit 1960 hatte die britische Kolonialverwaltung den *Northern People's Congress* (NPC) begünstigt, eine Partei, die von muslimischen Haussa-Fulani-Politikern dominiert war.<sup>9</sup> Da der Norden, am Rande der Sahel-Zone gelegen, ökonomisch wenig entwickelt war, suchten die NPC-Politiker die politische Vormacht, die ihnen zugefallen war, mit allen Mitteln zu erhalten. Sie manipulierten Wahlen, fälschten die Ergebnisse von Volkszählungen, verhängten den Ausnahmezustand und riefen die Armee zu Hilfe. Mit friedlichen Mitteln ließ sich gegen das Bündnis aus Haussa-Fulani-Politikern und dem Militär nichts ausrichten. Als sich bei den Präsidentschaftswahlen 1993 ein Yoruba aus dem Südwesten gegen den Kandidaten des Nordens durchsetzte, ließ die Militärregierung die Wahlergebnisse einfach annullieren und stoppte damit den angekündigten Übergang zur Demokratie. Im Yorubaland protestierten Hunderttausende gegen die Willkür der regierenden Generäle, doch im Norden mochte kaum jemand die Rechte des demokratisch gewählten Kandidaten verteidigen. Die höchste islamische Autorität des Landes, der Sultan von Sokoto, erklärte, die Annullierung der Wahlen sei

8 Vgl. *Tell* (Lagos), 16. Juli 2012: »The North is dying«.

9 Die Haussa-Fulani, die etwa 30 Prozent der nigerianischen Bevölkerung bilden, haben ihr traditionelles Siedlungsgebiet ganz im Norden des Landes, zusammen mit einigen anderen muslimischen Ethnien wie den Kanuri. In dieser Region gilt die Scharia. Südlich der zwölf Scharia-Staaten befinden sich die sieben Staaten des »Middle Belt«: ein Gebiet zwischen dem islamischen Norden und dem christlichen Süden. In dieser Region, die etwa ein Drittel des nigerianischen Territoriums umfasst, leben Hunderte von Minoritätenvölkern, unter ihnen einige, die weitgehend christlich sind. Administrativ war der Middle Belt lange Zeit Teil der Nordregion, und Haussa-Fulani-Politiker betrachten ihn weiterhin als ihre Einflussphäre. Boko Haram operiert mittlerweile in der gesamten Nordregion, also im »hohen Norden« und im Middle Belt, aber nicht in den 17 Bundesstaaten des Südens. Muslime bilden hier eine Minderheit und sind zudem tief gespalten: auf der einen Seite indigene Muslime (meist Yoruba), auf der anderen Seite jene, die aus dem Norden zugezogen sind (meist Haussa-Fulani).

der Wille Gottes,<sup>10</sup> und auch Politiker, Intellektuelle und Gewerkschafter schlugen sich auf die Seite der Militärdiktatur.

Zu einer Verschiebung der Macht in den Süden kam es erst 1998/99, als nach dem plötzlichen Tod von General Abacha die Armee demoralisiert und gespalten war. Entscheidend war hier eine Yoruba-Miliz, der *Oodua People's Congress* (OPC). Sie forderte Selbstbestimmung für die Yoruba-Nation und tötete Hunderte von Haussa-Fulani, die sich in Lagos und anderen Städten des Yorubalands angesiedelt hatten. Zur Vergeltung griffen Haussa-Fulani die Yoruba-Minorität im Norden an, so dass Ströme von Flüchtlingen in den Süden zogen. Doch der OPC, mit Unterstützung der Yoruba-Elite, ließ sich nicht davon abhalten, weiter gegen die Haussa-Fulani-Diaspora im Yorubaland vorzugehen; ja er eskalierte den ethnischen Konflikt, indem er Dutzende von Tanklastern, die Benzin in den Norden bringen sollten, in Brand setzte. Auch im Nigerdelta an der Südküste setzten Rebellen das Regime unter Druck, indem sie Pipelines zerstörten und ein Drittel der Ölproduktion lahmlegten. Da das Land in einen Bürgerkrieg hineinzutreiben schien, entschied sich eine Mehrheit im Obersten Militärrat dafür, die politischen Eliten im Süden, die die Gewalt der Milizen schürten, zu beschwichtigen. Die Generäle dekretierten den Übergang zur Demokratie und übergaben das Präsidentenamt einem christlichen Politiker aus dem Süden.

Die Machtverschiebung von Norden nach Süden war also nicht das Resultat von Elitenabsprachen, sondern eines politischen Kampfes. Vertreter der drei großen Ethnien – Haussa-Fulani, Yoruba und Igbo – sowie der Minoritätenvölker an der Küste und in Zentralnigeria (Middle Belt) haben sich nie darauf verständigen können, das Präsidentenamt rotieren zu lassen. Beim Übergang zur Vierten Republik 1998/99 entschied der Oberste Militärrat eigenmächtig, in enger Kooperation mit Politikern aus dem Norden, wer die künftige »demokratische« Regierung leiten soll. Statt Vertretern des Südens die Möglichkeit zu geben, geeignete Kandidaten für die Präsidentschaftswahl zu nominieren, suchten sie selbst einen ihnen genehmen Politiker aus, Olusegun Obasanjo, und ließen ihn die Wahl gewinnen. Der pensionierte Vier-Sterne-General, der in seiner Yoruba-Heimat kaum Rückhalt besaß, galt als ein Freund des Nordens, und deshalb nahm man an, dass er als Präsident mit den alten Machthabern eng zusammenarbeiten würde. Doch Obasanjo geriet außer Kontrolle. Gleich nach seiner Vereidigung im Mai 1999 entließ er 200 hochrangige Offiziere, die meisten von ihnen aus dem islamischen Norden.<sup>11</sup> Die früheren Herrscher hatten damit ihre zentrale Machtbastion, die Armee, verloren, und sie besaßen auch keine ökonomischen Mittel, um eine Zentralregierung, die sich über die Interessen des Nordens hinwegsetzte, unter Druck zu setzen. An der Südküste hatten die politischen Eliten die Möglichkeit genutzt, mit Hilfe von Rebellenbewegungen die Ölproduktion zu blockieren, die dem Staat mehr als 90 Prozent seiner Exporterlöse einbrachte. Der Norden dagegen hatte keine Ressourcen, um von der Zentralregierung Zugeständnisse zu erpressen. Um von dem neuen Präsidenten nicht weiter

10 Vgl. *The Week* (Lagos), 17. Oktober 1994: »Tale of two friends«, S. 11; Kalu 2002, S. 671, 681, 683.

11 Vgl. Iliffe 2011, S. 183.

marginalisiert zu werden, blieb nur die Möglichkeit, mit massiven Unruhen zu drohen, und dafür eignete sich nichts besser als die Scharia-Kampagne, die einige Monate nach der Amtseinführung Obasanjos begann. Als die Gouverneure einiger Bundesstaaten verkündeten, strikte islamische Gesetze einzuführen, wussten alle Beobachter, dass dieser Bruch mit Nigerias weitgehend säkularer Verfassung zur Konfrontation mit der dort ansässigen christlichen Minderheit führen würde. Bei »Scharia-Unruhen« im Februar und Mai 2000 kamen etwa 2.000 Menschen ums Leben, und viele Yoruba- und Igbo-Christen, die sich im Norden angesiedelt hatten, flüchteten in ihre Herkunftsregion. Die Zentralregierung appellierte an die Führer des Nordens, die Scharia-Gesetze zurückzunehmen, fand aber kein Gehör, und so kam es zu weiteren Zusammenstößen. Indem religiöse und politische Autoritäten gegen alle Widerstände daran festhielten, »ihre« Bundesstaaten zu islamisieren, demonstrierten sie, dass sie nicht davor zurückscheuten, die Konflikte mit ihren Gegnern zu eskalieren. Falls die Obasanjo-Regierung die Interessen »des Nordens« massiv verletzen sollte, hätten sie die Möglichkeit, die Anwendung der Scharia-Gesetze zu verschärfen und damit noch schwerere Unruhen zu provozieren. Im schlimmsten Fall wären Millionen von Yoruba und Igbo gezwungen, ihren Besitz in Nordnigeria aufzugeben und in ihre »Heimat«-Region zurückzukehren. Die christliche Diaspora geriet durch diese latente Bedrohung in die Rolle von Geiseln, die jederzeit getötet und vertrieben werden konnten.<sup>12</sup>

Es scheint, die Erpressung mit Hilfe der Scharia-Kampagne funktionierte, denn Präsident Obasanjo hat auf die Interessen muslimischer Politiker im Norden viel Rücksicht genommen. Er hat die Reichtümer, die sie während der Militärdiktatur angehäuft hatten, nicht angerührt und die Einnahmen des Staates, die zu 85 Prozent aus den Ölrenten der Zentralregierung bestehen,<sup>13</sup> einigermassen gleichmäßig über die 36 Bundesstaaten verteilt. Am Ende seiner Amtszeit bestimmte er dann einen Hausa-Fulani zu seinem Nachfolger, und damit verlagerte sich die Macht wieder in den Norden. Allerdings nur für kurze Zeit, denn Obasanjo hatte einen schwerkranken Mann ins Präsidentenamt gebracht, der nach drei Jahren starb. Vizepräsident Jonathan, ein Christ aus dem Nigerdelta, übernahm im Mai 2010 die Amtsgeschäfte und gab bald zu erkennen, dass er als Kandidat der regierenden *People's Democratic Party* (PDP) in die Präsidentenwahl 2011 ziehen wollte. Einflussreiche Politiker aus dem Norden suchten das zu verhindern: Nachdem Obasanjo volle acht Jahre im Amt geblieben war, sei nun der Norden an der Reihe, für acht Jahre den Präsidenten zu stellen. Doch Jonathan konnte den Parteiapparat der PDP hinter sich bringen und bei den Wahlen eine klare Mehrheit erringen.

Die Wahlen im April 2011 waren im Unterschied zu früheren Wahlen weitgehend frei und fair, aber sie haben das Land gespalten. Die zwölf Scharia-Staaten stimmten mehrheitlich für Ex-General Muhammadu Buhari, einen islamischen Hardliner, während der Rest des Landes Jonathan unterstützte. Als die Wahlergebnisse verkündet wurden, behauptete Buhari, die Regierung habe die Wahlen gefälscht. Seine Anhänger gingen auf die Straße und attackierten Christen sowie muslimische »Ver-

12 Vgl. Harnischfeger 2006, S. 133-141.

13 Vgl. *The Economist* (London), 31. März 2010: »Signs of life«.



räter«, die den Präsidenten aus dem Süden unterstützt hatten. Nach diesen Unruhen, die etwa 800 Tote forderten, setzte Boko Haram die Angriffe auf Christen und muslimische Kollaborateure fort. Am 1. Januar 2012 stellte Abubakar Shekau, der Führer der Gruppe, allen Zuwanderern aus dem Süden ein Ultimatum, den Norden zu verlassen. Drei Tage später starben bei Anschlägen auf Kirchen zwei Dutzend Christen.<sup>14</sup>

Insgesamt wurden durch Überfälle auf christliche Gottesdienste seit 2009 einige Hundert Gläubige getötet – eine recht geringe Zahl, wenn man sie mit den Opfern der Scharia-Unruhen von 2000 und 2001 vergleicht. Christen leben in Angst, aber die meisten haben den Norden nicht verlassen. Würden die Rebellen ihre Strategie ändern und vor allem Kirchen und christliche Wohnviertel angreifen, könnten sie einen viel dramatischeren Exodus auslösen. Massive Flüchtlingsströme in den Süden würden dazu führen, dass dort umgekehrt Hausa-Fulani, Kanuri und andere Muslime aus dem Norden angegriffen würden. Es käme zu gegenseitigen Vertreibungen, und Nigeria würde wahrscheinlich auseinanderfallen. Aber daran haben die Politiker im Norden, die ihren Reichtum den Ölgeldern aus dem Süden verdanken, kein Interesse, und auch Boko Haram will offenbar keine Spaltung des Landes. Die Massaker an Christen dienen bislang nur als Drohung. Sie lassen ahnen, was passieren könnte, wenn Goodluck Jonathan bei den Wahlen 2015 eine zweite Amtszeit anstreben sollte.

Oppositionsführer wie Muhammadu Buhari könnten ein Interesse daran haben, die Operationen von Boko Haram zu finanzieren. Aber Buhari – einer der wenigen Politiker, die sich persönlich kaum bereichert haben – hätte dazu gar nicht die Mittel. Wahrscheinlich sind es eher Jonathans Rivalen in der regierenden PDP, die die Organisation unterstützen. In einer Rede Anfang 2012 erklärte der Präsident, dass Sympathisanten von Boko Haram in seiner Regierung sitzen.<sup>15</sup> Da die Sicherheitskräfte einige Rebellenführer verhaftet und intensiv befragt haben, dürften sie über die Hintermänner gut informiert sein. Der Nationale Sicherheitsberater General Azazi enthüllte, dass er den Präsidenten um Erlaubnis gebeten habe, einen der früheren Militärherrscher zum Verhör zu laden. Aber Jonathan habe das abgelehnt, weil er keine Konfrontation mit seinen Gegnern im Norden riskieren wollte.<sup>16</sup> Stattdessen entließ er seinen Sicherheitsberater und ersetzte ihn durch Sambo Dasuki, einen pensionierten Armeeeoffizier, der als Sohn eines früheren Sultans zum innersten Kreis des muslimischen Establishments gehört. Die Ernennung Dasukis kam überraschend, denn er gilt als ein enger Vertrauter von Ibrahim Babangida, einem früheren Militärherrscher, der Milliarden an Öldollars veruntreut hat<sup>17</sup> und der zu

14 Vgl. Human Rights Watch 2012.

15 Vgl. *Tell* (Lagos), 30. Januar 2012: »The enemies within«.

16 Vgl. *Vanguard* (Lagos), 15. Juli 2012: »Nigeria: Boko Haram – the harder they come«; Akukwe 2012.

17 Eine Regierungskommission, die gegen den Ex-Diktator ermittelte, stellte fest, dass während seiner Regierungszeit 12,4 Milliarden Dollar an Öleinnahmen auf »Sonderkonten« eingezahlt wurden, von wo das meiste Geld ohne Rechnung verschwunden ist. Vgl. *Newswatch* (Lagos), 16. Januar 1995: »Pandora's box«.

Jonathans gefährlichsten Gegnern zählt. Dass Dasuki nun damit betraut ist, die Sicherheitskräfte zu koordinieren, bedeutet das Eingeständnis, dass die Regierung nur mit Unterstützung der islamischen Elite den Boko-Haram-Konflikt beilegen kann. Dasuki erklärte kurz nach seiner Ernennung, er habe die Telefonnummern der Rebellenführer und werde mit ihnen einen Waffenstillstand aushandeln. Doch es ist fraglich, ob sich die zornigen jungen Männer bewegen lassen, den Dschihad gegen die säkulare Regierung aufzugeben. Boko Haram ist keine Gründung reicher Politiker. Die Islamisten nutzen zwar ihre Kontakte zum politischen Establishment, verfolgen aber ihre eigenen Ziele.

## 2. Kooperation und Konflikt mit den Eliten

Die Gruppe, die später »Boko Haram« genannt wurde, entstand 2002 unter der Führung eines islamischen Gelehrten, Mohammed Yusuf. Er rief die Gläubigen dazu auf, sich aus der korrupten Gesellschaft zurückzuziehen und eine Gemeinschaft aufzubauen, in der Männer und Frauen ganz nach den Geboten Gottes leben. Yusufs Anhänger waren daran zu erkennen, dass sie sich ähnlich kleideten wie die Taliban, mit Turban, wallenden Gewändern und halblangen Hosen, dazu lange Bärte. Sie sonderten sich von anderen Muslimen ab und vermieden es, mit Nichtmitgliedern zu essen oder deren Frauen zu heiraten.<sup>18</sup> Religiöse Enklaven, deren Bewohner sich von ihrer sündhaften Umgebung losgesagt haben, sind in Nordnigeria weit verbreitet; sie befinden sich meist in abgeschiedenen, ländlichen Regionen, wo sie dem Einfluss des Staates entzogen sind.<sup>19</sup> Yusufs Gruppe dagegen formierte sich um die Ibn-Taimiyya-Moschee in einem heruntergekommenen Viertel der Millionenstadt Maiduguri. Zum inneren Zirkel gehörten Studenten, die ihr Studium abgebrochen hatten, und Akademiker, die ihre Examenszeugnisse zerrissen hatten. Einige von ihnen stammten aus reichen Familien, aber sie lehnten die Lebensweise ihrer Eltern ab.<sup>20</sup> Ihre Kritik richtete sich insbesondere gegen westliche Bildung, die eng mit dem Lebensstil der korrupten Eliten assoziiert ist. Wer im nigerianischen Staat ein Amt bekleiden will, sei es als Gouverneur, Parlamentarier oder Verwaltungsbeamter, muss das staatliche Schulsystem durchlaufen und sich die westliche Kultur mit ihren materialistischen Werten angeeignet haben. Nigerias Eliten sprechen Englisch miteinander, und sie teilen eine Vorliebe fürs westliche Ausland: »We have formed a habit of sending our girlfriends to London and Paris to make their hair and do shopping in London and America«.<sup>21</sup> Da Yusuf – heftiger als andere Prediger – westliche Einflüsse verurteilte, nannte die lokale Bevölkerung seine Gruppe: Westliche Bildung (*boko*) ist verboten (*haram*).<sup>22</sup>

18 Vgl. Pérouse de Montclos 2012, S. 5, 17; Sani 2011, Kapitel »The Bauchi strike«.

19 Vgl. Last 2008/2009, S. 8.

20 Unter den Rebellen, die von der Polizei erschossen wurden, soll sich auch ein Sohn von Bukar Abba Ibrahim, dem Gouverneur von Yobe, befunden haben (Walker 2012, S. 3).

21 Maitama Sule in *Daily Sun* (Lagos), 11. Mai 2012: »FG must empower North«.

22 Vgl. Walker 2012, S. 3, 7; Kukah 2009, S. 4-8.



Die Botschaft, dass die Kultur der westlich gebildeten Eliten sündhaft sei, zog vor allem Menschen mit marginalem gesellschaftlichen Status an, darunter viele Migranten vom Land: junge Männer ohne Arbeit und Ausbildung und ohne Aussicht auf Beschäftigung und die Gründung einer eigenen Familie. Durch die Aufnahme in Yusufs Gemeinschaft erhielten sie Schutz und etwas materielle Unterstützung: einen Platz zum Schlafen und eine tägliche Mahlzeit, manchmal auch Mikrokredite, um im informellen Sektor Fuß zu fassen. Außerdem war die Organisation den jungen Männern behilflich, heiratswillige Frauen zu finden, ohne dafür einen hohen Brautpreis zu zahlen.<sup>23</sup> Zusammengehalten wurde die Gruppe vor allem durch das Charisma von Mohammed Yusuf. Als spiritueller Führer war er zugleich Richter, der internen Streit schlichtete, und politisches Oberhaupt, das die Gruppe nach außen vertrat. Durch den Einfluss, den er über einen Teil der armen, desorganisierten Stadtbevölkerung gewann, konnte er als ein Sprecher dieser Schichten auftreten. Trotzdem (oder gerade deswegen) besaß er auch enge Kontakte zum politischen Establishment in Borno. Er engagierte sich bei der von Politikern initiierten Scharia-Kampagne und war zusammen mit Vertretern der großen islamischen Organisationen Mitglied im *Supreme Council for Sharia*. Im Bundesstaat Borno hatte die regierende *All People's Party* (APP) im August 2000 strenge Scharia-Gesetze verabschiedet, sie aber nicht ernsthaft durchgesetzt. Deshalb unterstützten islamistische Kreise nicht den Gouverneur, sondern einen parteiinternen Gegenkandidaten, Modu Sheriff. Es gelang Sheriff, für die Gouverneurswahlen 2003 das Mandat der APP zu erlangen. Während des Wahlkampfs mobilisierte er Jugendbanden, um die Opposition einzuschüchtern, und dabei fand er Unterstützung bei Yusuf und seinen Anhängern. Im Gegenzug versprach der angehende Gouverneur, die Scharia-Gesetze konsequent umzusetzen und einen Anhänger Yusufs zum Minister für Religionsangelegenheiten zu machen. Sheriff gewann die Wahl und ernannte den Vertrauten Yusufs zum Minister, aber an der laxen Durchsetzung der Scharia änderte sich kaum etwas, so dass sich Yusufs Leute mit der Regierung überwarfen.<sup>24</sup> In dem Viertel um seine Moschee baute Yusuf mit Hilfe einer Gruppe von Scharia-Wächtern seine Kontrolle aus. Es kam zu Konflikten mit der Polizei und mit etablierten religiösen und politischen Autoritäten. Dabei wurde Yusuf vorgeworfen, er habe islamische Gelehrte, die seine Gruppe verurteilt hatten, bedroht und in einem Fall auch ermordet.<sup>25</sup> Er wurde zwei Mal verhaftet, kam aber auf Druck einflussreicher Förderer wieder frei. Bei der Rückkehr aus der Haft bereiteten ihm seine Unterstützer in Maiduguri einen triumphalen Empfang, unter ihnen etliche Vertreter des politischen Establishments, die mit großen Limousinen vorgefahren waren.<sup>26</sup>

Das Bemühen der Politiker, sich mit populären Predigern zu zeigen und als Kämpfer für den Glauben aufzutreten, hat seit der Scharia-Kampagne merklich zugenom-

23 Vgl. Sani 2011, Kapitel »Another angle«; Last 2008/2009, S. 9; *Daily Trust*, 1. März 2012: »Shettima, Boko Haram and the »Bermuda triangle«.

24 Vgl. *Daily Sun*, 7. Juli 2012: »Insight into Northern leaders-NSA meetings«.

25 Vgl. Mohammed 2010, S. 41, 66; Walker 2012, S. 4.

26 Vgl. *Sunday Trust* (Abuja), 3. Juni 2012: »White paper on insecurity«; Sani 2011, Kapitel »His threats«.

men. Da die Herrschenden ihre Macht und ihren Reichtum meist auf anrühige Weise erworben haben, suchen sie religiöse Kritiker zu beschwichtigen, indem sie einen Teil ihrer illegitimen Einkünfte in den Bau von Moscheen investieren: »Solche Moscheen heißen im Volksmund *Allah ga naka* (Allah, hier ist dein Anteil). Der Besitzer stellt manchmal, als Teil seiner »guten Taten«, für die Moschee einen jungen Imam an. Viele junge [Koran-]Studenten ziehen umher, um zu predigen, oder sie führen andere rituelle Dienstleistungen aus, wie zum Beispiel 10.000 Gebete aufzusagen«. <sup>27</sup> Die Aura von Rechtgläubigkeit, die sich muslimische Politiker durch die Förderung islamischer Prediger erkaufen, wurde zu einer wichtigen Ressource im Kampf um politische Ämter. Ahmed Sani zum Beispiel, der als erster Gouverneur die Scharia einführte, hatte die Wahlen im Bundesstaat Zamfara nur deshalb gewonnen, weil er sich als konsequenter Kämpfer für den Islam dargestellt hatte. Doch die fromme Selbstinszenierung, die einige dazu verleitete, die staatliche Scharia-Kampagne anzustoßen, hat die Regierenden in eine missliche Situation gebracht. Indem sie erklärten, dass ihre Staaten nach den Geboten des Koran und der *sunna* regiert werden müssen, haben sie religiöse Experten aufgewertet, die sehr viel kompetenter über Scharia reden können. Diese Gegenelite, die die Politiker durch ihr Spiel mit der Scharia selbst ermächtigt haben, hat sich zu einer gefährlichen Konkurrenz entwickelt. Denn religiöse Prediger sind in der Lage, die verarmten Massen gegen die Oberschicht zu mobilisieren.

Mohammed Yusuf hat lange zwischen Kooption und radikalem Widerstand geschwankt. Zur Konfrontation mit der Staatsgewalt, die seine Gruppe in die Illegalität trieb, kam es aufgrund eines fast nichtigen Anlasses. Bei einer Verkehrskontrolle gerieten einige seiner Anhänger in Streit mit der Polizei, weil sie sich aus religiösen Gründen weigerten, Motorradhelme zu tragen. Es ist unklar, wer zuerst das Feuer eröffnete. Die Schießerei setzte jedenfalls einen Kreislauf von Gewalt und Gegengewalt in Gang, mit Angriffen auf Polizeistationen, Gefängnisse, Verwaltungsgebäude und Kirchen. Die Polizei versuchte Yusufs Hauptquartier zu stürmen, aber dessen Kämpfer verschanzten sich in ihrem Viertel, errichteten Straßensperren und dehnten ihre Kontrolle auf andere Teile der Stadt aus. Nach mehreren Tagen Straßenkampf und 150 Toten entsandte Nigerias Präsident Yar'Adua am 28. Juli 2009 Militäreinheiten, die in gepanzerten Fahrzeugen anrückten. Sie riegelten die Unruheviertel ab, erschossen Hunderte von Aufständischen und zerstörten Yusufs Moschee sowie sein Wohnhaus mit einem Bulldozer. <sup>28</sup> Die Überlebenden des Massakers flohen in andere Teile Nigerias oder in die Nachbarstaaten Kamerun, Tschad und Niger. Erst Mitte 2010 kehrten einige nach Maiduguri zurück und begannen, klandestine Zellen aufzubauen.

Durch ihren moralischen Rigorismus hatte die Sekte viele andere Muslime gegen sich aufgebracht: »Mohammed Yusuf und seine Leute haben uns in Maiduguri mehr und mehr terrorisiert. Sie erklärten, dass alle Muslime, die nicht ihrer Sekte ange-

27 Last 2008/2009, S. 9.

28 Vgl. Mohammed 2010, S. 69-83; Sani 2011, Kapitel »The first attack« ff.

hören, Ungläubige sind, insbesondere wenn sie für den Staat arbeiten«. <sup>29</sup> Der Versuch des Militärs, die Gruppe zu zerschlagen, fand daher, wie Kyari Tijani, ein Politikprofessor in Maiduguri, schrieb, bei vielen Bürgern Zustimmung: »Ein Gefühl der Erleichterung breitete sich in der Stadt aus, nachdem die Boko-Haram-Aufständischen endlich vertrieben waren und ihr Anführer Mohammed Yusuf getötet war. Mir wurde gesagt, dass Truppen, die aus der Kampfzone zurück in ihre Kasernen marschierten, von einer jubelnden Menschenmenge begleitet wurden. Die Menge war glücklich, dass ihre tapferen Sicherheitskräfte sie befreit hatten«. <sup>30</sup> Über die Niederschlagung des Boko-Haram-Aufstands mögen sich viele gefreut haben, aber das Gefühl der Verbundenheit mit den Sicherheitskräften dürfte nicht lange angehalten haben. Überall in Nigeria ist die Polizei mehr gefürchtet als geschätzt. In Maiduguri und anderen umkämpften Städten, in denen die Polizei nun zusammen mit Militäreinheiten patrouilliert, hat sich das Verhältnis der Bürger zur Staatsgewalt nach dem kurzen Jubel wieder verschlechtert. Die *Joint Task Force*, zu der neben Polizei und Armee auch der *State Security Service* (SSS) gehört, führt immer wieder Razzien durch, vor allem in den ärmeren Wohnvierteln, und so klagen die Bürger über willkürliche Verhaftungen, Exekutionen, Vergewaltigungen und Erpressung. Beim Übergang zur Demokratie wurden die Gehälter der Polizisten (und anderer Staatsdiener) verzehnfacht, aber an der Korruption hat sich wenig geändert. Und wo viele Polizisten stationiert sind, wie jetzt im Aufstandsgebiet, leidet die Bevölkerung natürlich noch mehr unter Schikanen und Erpressung.

Die Konfrontation mit Polizei und Armee hat Boko Haram langfristig nicht geschadet, sondern ihr Scharen neuer Rekruten zugeführt. Der rapide Zuwachs erklärt sich unter anderem daraus, dass sich der Rebellenbewegung nicht nur Einzelpersonen anschlossen, sondern auch Gruppen oder informelle Netzwerke, die ihre je eigenen Ziele haben. Einige der neuen Mitglieder stammen von Gangs wie den *Yan Kalare* oder *Sara Suka*, die von den Gouverneuren ausgerüstet wurden, um politische Gegner einzuschüchtern, oder von *Hisba*-Vigilanten, einer Art Religionspolizei, die über die Einhaltung der Scharia wachen soll und deren Mitglieder in einigen Staaten des Nordens ein kleines Gehalt erhalten, die aber zugleich daran gehindert werden, ihre Aufgaben als Religionspolizei wirksam zu erfüllen. Und schließlich haben sich den Rebellen kriminelle Banden angeschlossen, die nun unter dem Namen Boko Haram operieren, obwohl sie mehr kommerzielle als religiöse Interessen verfolgen. Wenn ich im Folgenden auf die Ziele von Boko Haram zu sprechen komme, beziehe ich mich vornehmlich auf die Verlautbarungen der offiziellen Führung, also auf Bekennerschreiben, Interviews mit Journalisten und Video-Botschaften, die bei YouTube erschienen. <sup>31</sup> Der Imam der Gruppe, Abubakar She-

29 Danlani Dannana in Mohammed 2010, S. 139.

30 Tijani 2008/2009, S. 14.

31 Boko-Haram-Botschaften sind auf Hausa und Arabisch verfasst. Sie werden von Nigerias Zeitungen oft nur auszugsweise ins Englische übersetzt. Da der Führer der Gruppe, Abubakar Shekau, und ihr Sprecher, Abul Qaqa, sich nur gelegentlich an die Öffentlichkeit wenden, zitiert die Presse zuweilen auch die Erklärungen lokaler Boko-Haram-Zellen. Bei solchen Texten ist nicht immer klar, ob sie die Haltung der Führungsspitze wie-

kau, präsentiert sich hier im Stil von Al-Qaida als Teil einer globalen Bewegung, die eine einheitliche, universal gültige Botschaft vertritt. Bei den offiziellen Äußerungen, die ich zitieren werde, ist also zu bedenken, dass sie Teil einer religiösen Selbstinszenierung sind und dass Mitglieder und Unterstützer manche dieser Erklärungen nicht teilen mögen. In Zeitungsberichten war zuweilen von internen Disputen und Fraktionskämpfen die Rede, und einige Beobachter vermuteten, dass die Organisation in kleinere rivalisierende Einheiten zerfallen werde. Seit Anfang 2012 sieht es allerdings so aus, als hätten Shekau und sein Führungszirkel – ein 30-köpfiger Rat, *Shura* genannt – ihren Einfluss über die Kämpfer gefestigt.<sup>32</sup> Ich vermute, dass die Berufung auf das Vorbild von Al-Qaida es ihnen leichter gemacht hat, ihren Führungsanspruch durchzusetzen. Die Rhetorik der Al-Qaida-Führer betont, dass sich ihr Handeln an einer strikten, buchstabengetreuen Auslegung der Heiligen Schriften orientiert. Indem die Leute um Shekau diese Rhetorik übernehmen, können sie Kritikern gegenüber mit der Geste kompromissloser Rechtgläubigkeit auftreten. Das Al-Qaida-Modell bietet zudem den Vorteil, charismatische Organisationsformen zu sanktionieren, die von der Gefolgschaft Gehorsam und Selbstverleugnung verlangen. Für die Führer lokaler Aufstandsbewegungen wird es dadurch attraktiv, sich nach dem Bild global operierender Dschihadisten zu modellieren.

### 3. Wechselnde Ziele

In seinen Video-Botschaften betont Shekau den religiösen Aspekt seiner Mission: »Dies ist ein Krieg zwischen Muslimen und Nichtmuslimen. Dies ist kein tribalischer Krieg, und auch [...] kein Krieg, um finanzielle Vorteile zu erreichen; es ist ein rein religiöser Krieg.«<sup>33</sup> Das Problem ist nur, dass seine Kämpfer mehr Muslime als Christen getötet haben. Nach islamischer Orthodoxie ist es verboten, gegen Glaubensbrüder Krieg zu führen. Deshalb muss Boko Haram begründen, warum die Morde an Muslimen legitim sind.<sup>34</sup> Im Fall von Angriffen auf Soldaten und Polizisten, die etwa zur Hälfte Muslime sind, fällt es nicht schwer, die Gewalt zu rechtfertigen: Wer sich von der Regierung des christlichen Präsidenten missbrauchen lässt, Kämpfer für die Scharia zu töten, hat das Recht verwirkt, sich Muslim zu nennen. Vertreter der Staatsgewalt waren bislang die häufigsten Opfer von Boko Haram-Angriffen. Sie können, wo immer sie sind, ohne Vorwarnung getötet werden. Die Gewalt richtet sich aber auch gegen Kollaborateure im eigenen sozialen

dergeben. Manche Äußerungen, die im Namen von Boko Haram verbreitet werden, dürften auch gefälscht sein (etwa die Ankündigung, dass Boko Haram Ziele in Lagos angreifen werde: »We will not stop until these evil cities are turned into ashes«, zitiert in *Nigerian Orient News* (Lagos), 9. April 2012: »Lagos and the Boko Haram threat«).

32 Die *Shura*-Mitglieder, die »Zellen« in verschiedenen Teilen Nordnigerias leiten, sollen über Mobiltelefone miteinander verkehren. Ihr Führer Shekau hält sich angeblich im Norden Kameruns auf.

33 Abubakar Shekau in einer Videobotschaft, in *Elombab*, 28. Dezember 2010: »Jos bombing: text of video statement«.

34 Vgl. Kenny 2012.

Milieu. In den Städten, in denen Boko-Haram-Zellen entstanden sind, beobachten die Mitglieder genau, wie sich Vertreter der Gemeindeverwaltung, Markthändler und religiöse Autoritäten verhalten. Wer aktiv mit den Sicherheitskräften zusammenarbeitet und Boko-Haram-Mitglieder denunziert, wird gewarnt und manchmal – Wochen oder Monate später – liquidiert. Unter den Opfern von Boko-Haram-Anschlägen sollen auch einige muslimische Geistliche sein, die sich vehement gegen die Gruppe aussprachen. Soweit ich weiß, haben die Leute um Shekau für keinen dieser Morde die Verantwortung übernommen, aber in ihren öffentlichen Erklärungen behalten sie sich das Recht vor, andere religiöse Führer zu töten: »Wir bekämpfen nur die, die uns bekämpfen: Soldaten, Polizisten und der Rest. Und jeden [anderen Gegner], selbst wenn er ein Islamagelehrter ist. Wenn wir feststellen, dass er uns an die Regierung verrät, werden seine Kinder Waisen und seine Frau Witwe, im Namen Gottes. Das ist unser Weg. Aber den einfachen Leuten der Stadt [sage ich]: Wir bitten euch, uns zu vergeben. Ich schwöre, wir werden euch kein Leid antun«.<sup>35</sup>

Seit dem Beginn des Aufstands im Juli 2009 hat Boko Haram zwischen 1.000 und 2.000 Menschen getötet.<sup>36</sup> Für nigerianische Verhältnisse sind das nicht sehr viele, aber die Opfer wurden sorgfältig ausgewählt. Schritt für Schritt hat die Organisation ihr Operationsgebiet ausgedehnt und sich dabei den lokalen Gegebenheiten angepasst. Auch der Kreis der Institutionen, die Angriffe der Rebellen auf sich gezogen haben, wurde langsam ausgeweitet und umfasst nun auch Schulen, Universitäten und Pressehäuser. Erst wurden einzelne Journalisten gewarnt, »fair« über Boko Haram zu berichten, dann explodierten Bomben vor drei Redaktionsgebäuden. Mit dieser Strategie einer stufenweisen Eskalation erwecken die Rebellen den Eindruck, dass das Gesetz des Handelns bei *ihnen* liegt, nicht bei der Staatsmacht. *Sie* bestimmen den Gang der Auseinandersetzung und können, wenn sie nur wollen, jedes erdenkliche Ziel treffen. Die Bevölkerung in den Krisengebieten lernt dadurch, den Ankündigungen von Boko Haram mehr Glauben zu schenken als den Versprechungen staatlicher Akteure. Armee und Polizei, die immer wieder verkünden, dass sie die Aufstandsgebiete bald wieder unter Kontrolle haben, können niemandem wirklichen Schutz garantieren. In den Hochburgen der Rebellion, in denen eine Art Doppelherrschaft entstanden ist, gehen Richter oder Gemeinderäte, die sich im Kampf gegen Boko Haram exponieren, ein hohes Risiko ein.<sup>37</sup> Viele ducken sich oder geben zu verstehen, dass sie das Ziel der Rebellen, Staat und Gesellschaft zu islamisieren, im Prinzip unterstützen. In der Stadt Bara, in der ich einen Großteil meiner Forschungen betrieb, fand auf Geheiß des Gouverneurs von Yobe eine Volksversammlung statt, die Maßnahmen zu einer konsequenten Umsetzung der

35 Abubakar Shekau in einer 15-minütigen Videobotschaft, in *Newsdiaryonline.com* (Abuja), 25. Juli 2011: »Why we will never give up«.

36 Nach Angaben von Human Rights Watch hatte Boko Haram bis zum 20. Januar 2012 mehr als 935 Menschen getötet (Human Rights Watch 2012).

37 Vgl. dazu die Reportage über Maiduguri in *Tell*, 10. September 2012: »The city Boko Haram captured«. Hier wird sehr anschaulich beschrieben, wie sich unter dem Druck der Rebellen der Alltag der Menschen verändert.

Scharia beschließen sollte. Es ging darum, nicht (mehr) den Zorn der Rebellen auf sich zu ziehen, und zu diesem Zweck sprach man sich dafür aus, das heimliche Biertrinken und Kartenspielen zu unterbinden und Frauen nur noch mit Erlaubnis der Männer aus den Gehöften zu lassen.

Bei den Angriffen der Islamisten gegen Feinde im Innern fällt auf, dass Angehörige der herrschenden Klasse, die mehr als jede andere Gruppe für den sozialen und ökonomischen Verfall Nordnigerias verantwortlich sind, weitgehend verschont geblieben sind. Fast vier Jahrzehnte lang dominierten Politiker, Generäle und traditionelle Herrscher aus dem Norden die Zentralregierung und verschwendeten den Ölreichtum des Landes, um ihren aufwendigen Lebensstil zu finanzieren. Doch dafür hat Boko Haram niemanden zur Rechenschaft gezogen. Gefährdet sind nur jene, die zu eng mit dem christlichen Präsidenten kollaborieren. Ich vermute, die Boko-Haram-Führung will vermeiden, dass es innerhalb der islamischen Gesellschaft zu einem Bürgerkrieg kommt. Bei massiven Angriffen auf die Villenviertel würden Ex-Generäle, Minister und reiche Geschäftsleute Milizen aufrüsten, um die Islamisten (und ihre Familien) zu eliminieren. Es lässt sich nicht absehen, wie eine solche Konfrontation ausgehen würde; sicher ist nur, dass sie die Muslime Nordnigerias schwächen und ihren Rivalen im Süden mehr politische Macht geben würde. Für die Boko-Haram-Führung, die in den »Ungläubigen« ihren Hauptgegner sieht, ist es günstiger, die muslimische Prominenz, die *big men*, in ihren Positionen zu belassen. Aber man muss sie unter Druck setzen, damit sie das Projekt einer islamischen Erneuerung nicht weiter sabotieren. Der Dschihad mit seiner Polarisierung zwischen Christen und Muslimen soll sie zwingen, sich auf die Seite der Rechtgläubigen zu stellen. Es geht also darum, die korrupten Eliten zu domestizieren oder sie ins politische Abseits zu drängen, ohne sie so weit zu provozieren, dass sie sich gegen Boko Haram zusammenschließen. Indem Boko-Haram-Kämpfer die staatlichen Sicherheitskräfte zurückdrängen und immer größere Teile von Maiduguri, Kano und anderen Zentren des Nordens unter ihre Kontrolle bringen, nehmen sie jedoch den Herrschenden im Norden langsam die Machtmittel aus der Hand.

Bei Angriffen auf Polizeistationen und andere staatliche Einrichtungen haben die Rebellen den Passanten oft zugerufen, aus dem Weg zu gehen, damit sie nicht versehentlich von Kugeln getroffen werden. Unbeteiligte sollen, soweit möglich, keinen Schaden nehmen. Brandanschläge auf Schulgebäude wurden daher nachts durchgeführt und nicht während der Unterrichtszeiten.<sup>38</sup> Bei Angriffen auf Christen verfolgt man dagegen eine andere Strategie. Überfälle auf Kirchen finden meist während der Sonntagsgottesdienste statt, damit möglichst viele Gläubige sterben, Männer, Frauen und Kinder. Was die Rebellenführer damit erreichen wollen, ist nicht klar. In mehreren Erklärungen hieß es, Christen müssten, wenn sie in Frieden leben wollen, zum Islam konvertieren. Am 1. Januar 2012 dagegen verlangte Abul Qaqa, der Sprecher der Gruppe, dass alle Zuwanderer aus dem Süden (und das sind

38 Abul Qaqa: »We are attacking the public schools at night because we don't want to kill innocent pupils«; zitiert in *Human Rights Watch*, 7. März 2012, »Nigeria – Boko Haram targeting schools«. <http://www.hrw.org/news/2012/03/07/nigeria-boko-haram-targeting-schools> (Zugriff vom 14.05.2012).



mehrheitlich Christen) innerhalb von drei Tagen Nordnigeria verlassen müssen.<sup>39</sup> Wäre es Boko Haram mit dieser Forderung ernst, müsste die Gruppe ihre Angriffe auf die *Sabon Gari*, die Fremdenviertel der Großstädte, konzentrieren, denn hier leben Millionen von Igbo, Yoruba und Angehörigen der Minoritäten von der Südküste. Durch massive Angriffe würden die Bewohner dieser Viertel in Panik geraten und *en masse* in den Süden flüchten, so wie 1966, kurz vor dem Biafra-Krieg, als eine Million Igbo in ihre Heimatregion flohen. Christen im Süden ließen sich dann nicht mehr von Vergeltungsschlägen abhalten. Es käme zu Revanchemorden an Angehörigen der Haussa-Fulani-Diaspora und zu Flüchtlingsströmen in den Norden. Wahrscheinlich würden die gegenseitigen Vertreibungen zum Bruch der Föderation führen, denn wenn es den Igbo und Yoruba nicht länger möglich wäre, in Kano, Kaduna oder Maiduguri zu leben, hätten sie keinen Grund mehr, einen Teil der Öleinnahmen in den Norden zu transferieren und dort die nigerianische Verwaltung aufrechtzuerhalten. Ein Auseinanderbrechen der Föderation hätte aus der Sicht orthodoxer Muslime den Vorteil, dass sie religiöse Autonomie gewinnen würden. Sie könnten sich, ohne Rücksicht auf Ungläubige nehmen zu müssen, ganz nach den Gesetzen des Islam regieren. Aber das ist genau das, was die muslimischen Politiker nicht wollen, und auch Boko Haram scheut offenbar vor einer Spaltung des Landes zurück. Die Angriffe auf Kirchen dienen vermutlich nur dazu, eine Drohkulisse aufzubauen: Falls Politiker aus dem Süden, die jetzt die Zentralregierung dominieren, von ihrer Vormacht zu rücksichtslos Gebrauch machen, werden sie mitansehen müssen, wie ihre Angehörigen, die sich im Norden niedergelassen haben, Opfer von Pogromen werden.

Denkbar ist auch, dass Boko Haram die Leute aus dem Süden tatsächlich vertreiben will, allerdings durch eine langsame Eskalation der Angriffe. Denn die Anschläge auf Kirchen werden, wenn sie andauern, dazu führen, dass Christen mit Vergeltungsaktionen reagieren. Dann dürfte ein Kreislauf von Gewalt und Gegengewalt entstehen, der die verfeindeten Parteien in einen Religionskrieg treibt. Christen sind jedenfalls irritiert, dass die Angriffe auf Kirchen nicht aufhören, und fürchten, dass es den Rebellen letztlich um »religiöse Säuberungen« geht.<sup>40</sup> Seit dem Beginn des Dschihad im Juli 2009 hat die *Christian Association of Nigeria*, der Dachverband der Kirchen, die Gläubigen dazu aufgerufen, sich nicht in einen religiösen Konflikt hineinziehen zu lassen: Christen, die angegriffen werden, sollen das Recht haben, sich zu verteidigen, aber sie dürfen auf keinen Fall mit Gegenangriffen antworten. Es ist erstaunlich, dass die Appelle von Kirchenführern und christlichen Politikern fast drei Jahre lang in allen Teilen Nigerias von den 70 bis 80 Millionen Christen befolgt wurden. Selbst in Regionen, in denen Christen die Mehrheit bilden,

39 Vgl. *Daily Trust* (Abuja), 2. Januar 2012: »Boko Haram: state of emergency meant to attack Muslims«.

40 Ayo Oritsejafor, Präsident der *Christian Association of Nigeria*, in *Newswatch* (Lagos), 27. Juni 2012: »Northern cities under siege«.

haben sie, abgesehen von einigen isolierten Vorfällen, nicht zurückgeschlagen.<sup>41</sup> Diese Zurückhaltung hat jedoch nicht dazu geführt, dass die Angriffe der Gegenseite nachgelassen hätten. In Maiduguri und anderen Städten wagen sich die meisten Christen nicht mehr in die Sonntagsgottesdienste, weil der Staat sie nicht schützen kann.<sup>42</sup> Vor den Kirchengebäuden halten Soldaten Wache; die Zugänge sind durch Absperungen blockiert, damit Autobomber nicht eindringen können, und an den Eingängen werden Besucher mit Metalldetektoren abgetastet. Trotzdem lassen sich Attentate nicht ganz verhindern. Kirchenvertreter mahnen weiter dazu, sich nicht provozieren zu lassen, aber sie wissen, dass ihre Mahnungen irgendwann kein Gehör mehr finden: »Viele von uns, die stets zur Zurückhaltung mahnten, wissen nicht mehr, was sie sagen sollen.«<sup>43</sup>

#### 4. Kontroversen unter Muslimen

Nur die Muslime selbst, so scheint es, können den Konflikt stoppen, bevor es zu Gegenschlägen kommt. Religiöse und politische Autoritäten im Norden haben sich klar gegen die Gewalt von Boko Haram ausgesprochen, aber ihre Erklärungen zeigten wenig Wirkung. Christliche Politiker und Kirchenvertreter verlangten daher, es nicht bei Erklärungen zu belassen, sondern energisch auf die Militanten einzuwirken und sie zur Raison zu bringen. Von den Führern des Nordens wird also erwartet, dass sie sich ähnlich verhalten wie die Politiker im Süden, die ihre Milizen davon abhalten, die Konflikte zu eskalieren. Im Yorubaland hat sich die OPC-Miliz darauf beschränkt, Boko Haram zu warnen: Jeder Versuch, die Gewalt in den Südwesten Nigerias zu exportieren, werde als eine Kriegserklärung betrachtet. Das Leben der Hausa-Fulani, die sich im Yorubaland angesiedelt haben, wäre dann gefährdet: »Wir Yoruba wissen, wo sie wohnen und welche Firmen sie im Südwesten besitzen.«<sup>44</sup> Doch davon abgesehen hat die OPC-Führung nicht ernsthaft versucht, Boko Haram durch Vergeltungsschläge abzuschrecken. Die Morde im Norden, denen auch einige Yoruba zum Opfer fielen, wurden im Yorubaland nicht gerächt. Ähnlich im Igboland. Als wegen der Anschläge im Norden Revanchemorde an den Hausa-Fulani drohten, intervenierte MASSOB, die schlagkräftigste Igbo-Miliz, und schützte die Muslime. Ein Igbo-Führer erklärte dazu: »MASSOB kann große Zerstörungen anrichten, aber wir, die Führer, haben eingegriffen und sie zur Ordnung gerufen. Das Boko-Haram-Problem kann nicht allein von der Bundesregierung

- 41 Der erste große Vergeltungsschlag mit Dutzenden von Toten ereignete sich am 17. Juni 2012 im Bundesstaat Kaduna, unmittelbar nachdem dort Selbstmordattentäter drei Kirchen angegriffen hatten (vgl. *Newswatch*, 27. Juni 2012: »Northern cities under siege«).
- 42 Vgl. *This Day* (Lagos), 25. Juni 2012: »Serial bomb attacks scare Northern Christians from churches«.
- 43 Matthew Hassan Kukah, katholischer Bischof von Sokoto, in *Leadership* (Abuja), 19. Juni 2012: »Killings: Nigeria running out of time«.
- 44 Dr. Fredrick Fasehun, Präsident des OPC, in *The Guardian* (Lagos), 24. Juni 2012: »Stay away from South-West, OPC warns Boko Haram«.

gelöst werden. Nur die Führer der Region, in der sie [die Rebellen] leben, können es lösen. Die Führer müssen ihnen klarmachen, welche Vorteile wir davon haben, wenn wir als Brüder und Schwestern zusammenleben«. <sup>45</sup>

Auch westliche Beobachter meinen, gemäßigte Muslime müssten den Militanten stärker entgegentreten und einen toleranten Islam propagieren. Durch eine offene Debatte, so hofft man, ließe sich der harte, ideologische Kern von Boko Haram isolieren, so dass moderate Kräfte die Initiative zurückgewinnen. Eine intensive Debatte über Boko Haram gibt es unter Muslimen freilich seit langem. In den Jahren seiner Radikalisierung hat Yusuf mit anderen Islamgelehrten Streitgespräche geführt, die zum Teil auf Videokassetten aufgezeichnet wurden und ein breites Publikum fanden, auch unter Analphabeten: »Als Boko Haram begann, zu einer bedeutenden Gruppierung heranzuwachsen, war die Ulama über diese Entwicklung gut informiert. Prominente Islamgelehrte und islamische Organisationen ergriffen die Initiative und intervenierten in den Konflikt, um ihn einvernehmlich zu lösen. Es gab Dialogveranstaltungen und Debatten mit der Boko-Haram-Führung und ihren Anhängern. Dabei ging es darum, sie durch die islamische Lehre davon zu überzeugen, ihre Fatwa zurückzunehmen, oder wenigstens mögliche Gefolgsleute davon abzuhalten, sich der Gruppe anzuschließen. [Doch] die Debatten erwiesen sich in vielen Fällen als kontraproduktiv. Statt wie gewünscht zu reagieren, fühlte sich die Bewegung eher bestärkt und fand noch mehr Sympathie in der Bevölkerung«. <sup>46</sup>

Das Versagen der etablierten religiösen und politischen Autoritäten erklärt sich vor allem aus ihrem Mangel an Glaubwürdigkeit. Unter dem Druck der Scharia-Kampagne, die unter den Muslimen Nordnigerias breite Unterstützung fand, <sup>47</sup> hatten sich fast alle Politiker und Geschäftsleute dafür ausgesprochen, strikte islamische Gesetze zu erlassen. Doch hinter der Fassade von Frömmigkeit führten sie, abgeschirmt in ihren Villenvierteln, ihr altes Leben fort. Sie ließen einem Kuhdieb die rechte Hand amputieren und zerrten einige Ehebrecherinnen vor Gericht, um an ihnen ein Exempel zu statuieren, doch im Übrigen verhinderten sie, dass die religiösen Gesetze konsequent angewendet wurden. Für dieses Abrücken von den Vorschriften ihres Glaubens konnten sie keine überzeugenden religiösen oder politischen Gründe nennen. Aus Sicht der lokalen Bevölkerung waren es vor allem Eigennutz und Opportunismus, die das Projekt einer religiösen Selbsterneuerung zu Fall brachten: Die muslimischen Eliten, die ihren aufwendigen Lebensstil nur durch den Ölreichtum des Südens finanzieren können, haben sich mit dem gottlosen nigerianischen Staat arrangiert und sind gewohnt, mit Ungläubigen Kompromisse zu schließen. Dass sie sich nun gegenüber den Boko-Haram-Rebellen auf Prinzipien wie Frieden und Toleranz berufen, macht sie nicht glaubwürdiger. Der Sultan zum Beispiel verurteilt religiöse Gewalt als unislamisch, aber seine Legitimität als höchste islamische Autorität des Landes gründet darauf, dass er – so wie seine Vorgänger –

45 Emmanuel Iwuanyanwu, in *Vanguard*, 20. Juni 2012: »Northern leaders have case to answer on Boko Haram«.

46 Mohammed 2010, S. 58-59.

47 Vgl. Last 2000, S. 143.

ein direkter Nachkomme von Usman dan Fodio ist, jenem Fulani-Prediger, der 1804 einen Dschihad ausrief und durch seine Eroberungen das größte Reich Westafrikas schuf. Bis heute gilt Usman dan Fodio in den offiziellen Darstellungen islamischer Geschichte als Muster eines religiösen Erneuerers, und das Kalifat von Sokoto, das er begründete, bezeichnet die Blütezeit des Islams.<sup>48</sup> Die Boko-Haram-Führung greift diese Tradition auf, indem sie die Muslime Nigerias dazu aufruft, für die Wiederherstellung des Kalifats zu kämpfen.<sup>49</sup> Damit stellt sie sich in Gegensatz zum religiösen Establishment, das Usman dan Fodio zwar feiert, aber dessen Lehre verraten hat: »Der Sultan ist einfach nur ein ›traditioneller Herrscher‹, der sich gegen die Lehren seiner Vorfahren aufgelehnt hat und der die nigerianische Verfassung über die Lehren des Heiligen Koran gestellt hat«.<sup>50</sup>

Boko Haram präsentiert sich als Hüter der Orthodoxie und konsequenter Verfechter der Scharia, die bei der Bevölkerung weiterhin populär ist.<sup>51</sup> Diskreditiert ist nur die vom Staat eingeführte, selektiv angewandte Scharia, nicht aber die »wirkliche« Scharia, von der die Imame predigen. Sie erscheint vielen als die einzige Möglichkeit, sich von dem moralischen und wirtschaftlichen Verfall zu befreien, denn westliche Konzepte von Demokratie und Modernisierung haben in Nigeria nicht funktioniert. Auch mit den demokratischen Institutionen, die 1999 geschaffen wurden, ist es der Bevölkerung nicht gelungen, die Willkür der Eliten einzudämmen. Politiker, die in Parlamente und öffentliche Ämter gewählt werden, weigern sich, für die Bürger Verantwortung zu übernehmen: »Kein einziger Gouverneur im Norden hat es als seine Pflicht angesehen, sich um die Not der Menschen zu kümmern«.<sup>52</sup> Da die Gesellschaft aus sich heraus keinen Ausgleich widerstreitender Interessen hervorbringt, braucht sie ein Gesetz, das ihr von außen auferlegt wird. Das unwandelbare Gesetz Gottes soll den Maßstab bilden, an dem alle Teile der Gesellschaft, auch die Reichen und Mächtigen, sich messen lassen müssen. Man will die arrogante Elite einbinden in eine moralische Gemeinschaft, in der Arme und Reiche – so wie in den mythischen Anfängen des Islam – durch dieselbe Kultur geeint sind. Die Attraktivität der Scharia liegt freilich nicht allein darin, dass sie eine gerechte politische Ordnung verspricht; es geht gleichzeitig um persönliche Selbsterneuerung. Durch die strikte Befolgung religiöser Gebote können auch arme, marginale Personen die Anerkennung der Gemeinschaft und damit Selbstrespekt gewinnen. Die Ordnung der politisch Mächtigen, die das ökonomische und politische Leben bestimmt, ist in der Sphäre religiösen Handelns wenigstens zum Teil suspendiert, und es entsteht eine andere soziale Hierarchie, in der Frömmigkeit und Gelehrsamkeit mehr zählen als Macht und Geld.

48 Vgl. Alkali et al. 2012, S. 29; Crisis Group 2010, S. 15.

49 Vgl. Abul Qaqa in *Daily Trust*, 21. März 2012: »Boko Haram says no more talks with FG«.

50 Abul Qaqa in *Daily Trust*, 3. November 2011: »Boko Haram: why we won't listen to Sultan«.

51 Vgl. Crisis Group 2010, S. 21, 38.

52 *Daily Trust*, 16. März 2012: »Gazafication of the North«.

Im Prinzip treten alle islamischen Organisationen Nordnigerias dafür ein, Staat und Gesellschaft nach den Gesetzen Gottes zu transformieren, die konservativen Bruderschaften ebenso wie ihre radikalen Gegenspieler, von dem schiitisch inspirierten *Islamic Movement of Nigeria* bis zur Wahabitischen *Izala*, der »Gesellschaft zur Ausmerzung (unislamischer) Neuerungen und zur Errichtung der Sunna«. <sup>53</sup> Die Unterschiede liegen nur darin, wie sie dieses Ziel erreichen wollen. Militante Gruppierungen drängen auf einen Umsturz der herrschenden Ordnung, weil unter der jetzigen Elite, die zu Absprachen mit ihren christlichen Rivalen im Süden genötigt ist, eine reine Form der Scharia nicht möglich ist: »Wirkliche Scharia kann es nicht ohne Blutvergießen geben. Nigeria muss erst völlig zu einem islamischen Staat gemacht werden, bevor die Scharia durchgesetzt werden kann«. <sup>54</sup> Andere dagegen, beispielsweise die *Izala* (der Yusuf bis 1999 anhing), <sup>55</sup> gehen davon aus, dass sich die Scharia graduell einführen lässt, ja dass sie ein wesentliches Mittel ist, die Islamisierung von Staat und Gesellschaft voranzutreiben.

Die Kompromisslosigkeit, die Boko Haram von anderen Gruppen unterscheidet, zeigt sich unter anderem in der Ablehnung des westlich geprägten Bildungssystems. Kritiker warfen der Gruppe vor, sie würde behaupten, dass Wissenschaft und Islam unvereinbar seien. <sup>56</sup> Doch Yusuf und sein Nachfolger Shekau sind keine Anti-Modernisten. Technologie, die im Westen entwickelt wurde, darf von Muslimen genutzt werden, genauso wie medizinisches, physikalisches oder geografisches Wissen. Ihre Kritik richtet sich nur gegen jene wissenschaftlichen Ideen und Praktiken, die den Lehren des Islam zuwiderlaufen. <sup>57</sup> Darin unterscheiden sie sich nicht von anderen Muslimen Nigerias. Auch die *Izala* beklagt, dass westliche Bildung durch christlich-säkulare Ideen verunreinigt ist und dass die Lehrpläne gesäubert werden müssten. Doch solange Muslime nicht die Macht haben, die staatlichen Curricula nach ihren Vorstellungen umzugestalten, müsse man Kompromisse eingehen und das bestehende Bildungssystem trotz seiner Mängel nutzen. Würden Muslime darauf verzichten, Schulen und Universitäten zu besuchen, hätten sie keine Möglichkeit, in staatlichen Institutionen beschäftigt zu werden, und damit würden sie den Staatsapparat ihren Rivalen überlassen. Aus Sicht der *Izala* geht es nicht darum, den Staat zu bekämpfen, sondern ihn zu erobern. Im Übrigen teilen sie die Ressentiments gegen westliche Einflüsse in der Bildung, und auch die »konservativen« Muslime in den Sufi-Bruderschaften äußern sich besorgt. So hat Sultan Ibrahim Dasuki, der die *umma*, die Gemeinschaft der Gläubigen, bis 1996 leitete, die Muslime davor gewarnt, sich fremdes, nichtislamisches Wissen anzueignen: »Westliche Bildung zerstört unsere Kultur«. <sup>58</sup> Als Spross einer königlichen Familie hatte er

53 Vgl. Gwarzo 2003, S. 312-313.

54 Muhammad 2003, S. 14.

55 Vgl. Pérouse de Montclos 2012, S. 6, 16.

56 Vgl. Mohammed 2010, S. 41.

57 Vgl. ebd., S. 45-49, 67, 104-105; Adamu 2010, S. 14-17.

58 *The Guardian* (Lagos), 24. Mai 1994; vgl. Tilde 2009.

selbst freilich in Oxford studiert, und sein Sohn absolvierte ein Politologie-Studium in Harvard.

Die Frage, ob man den Besuch westlicher Schulen verbieten soll, spielt eine wichtige Rolle in den innermuslimischen Debatten um Boko Haram. Eine andere wichtige Frage ist, ob man andere Muslime zu Ungläubigen erklären und töten darf. Kritiker von Boko Haram können sich hier auf die klassischen Rechtsschulen des Islam berufen, die bemüht waren, Glaubenskriege unter Muslimen zu verhindern: Wer sich zum Islam bekennt, soll als Muslim anerkannt werden, auch wenn er sich über die Gebote Gottes hinwegsetzt. Doch die islamische Überlieferung – gerade in Nordnigeria – mahnt die Gläubigen auch, falsche oder abtrünnige Muslime, die dem Aufbau einer gerechten Ordnung im Wege stehen, zu beseitigen. Als Usman dan Fodio einen Heiligen Krieg verkündete und zum Sturz der »korrupten« Haussa-Könige aufrief, richtete sich seine Rebellion gegen Herrscher, die sich selbst als Muslime ansahen. Das Herrscherhaus von Kanem-Bornu, das die Dschihadisten 1809 vertrieben, war seit mehr als 700 Jahren islamisch. Mit Blick auf diese Geschichte haben es Gegner von Boko Haram schwer, überzeugend zu argumentieren. Es kommt hinzu, dass das Recht, andere Muslime zu Ungläubigen zu erklären, auch heute noch von großen islamischen Organisationen in Anspruch genommen wird. Abubakar Gumi, der bedeutendste Rechtsgelehrte des Landes, der 1978 mit Unterstützung aus Saudi-Arabien die Izala ins Leben rief, erklärte, dass die größte Bruderschaft Nigerias, die *Tijaniyya*, aufgrund ihrer Heiligenverehrung und anderer häretischer Praktiken unislamisch sei und dass ihre Anhänger von jedermann getötet werden dürfen.<sup>59</sup>

Eine weitere strittige Frage betrifft den Umgang mit Christen. Nach islamischer Orthodoxie haben Christen Anspruch auf Schutz, wenn sie sich der islamischen Obrigkeit unterwerfen. In einer Videoansprache kam Boko-Haram-Führer Shekau auf dieses Prinzip zu sprechen, erklärte aber, dass es auf die Christen in Nigeria nicht anwendbar sei, denn sie hätten sich dem Aufbau einer islamischen Ordnung entgegengestellt und die Durchsetzung der Scharia-Gesetze mit Gewalt bekämpft.<sup>60</sup> Die *Christian Association of Nigeria* war und ist in der Tat bemüht, die säkularen Traditionen der Verfassung zu verteidigen: Der Versuch der Muslime, die eigenen religiösen Gebote mit Hilfe staatlicher Institutionen durchzusetzen, schaffe politische Rivalität zwischen den Glaubensgemeinschaften und treibe Muslime wie Christen dazu, um die Machtmittel des Staates zu kämpfen. Kirchenführer wie der katholische Erzbischof Okogie von Lagos empfahlen daher, den Bereich, in dem religiöse Normen Geltung beanspruchen, zu begrenzen: »Wenn du ein öffentliches Amt bekleidest, lass die Religion beiseite, denn Religion ist eine private Angelegenheit zwischen dir und deinem Gott. Wenn du dich mit Religion beschäftigen willst, mach es nach Dienstschluss.«<sup>61</sup> Mit dieser Haltung sind Christen ein massives Hindernis für die Selbstbestimmung strenggläubiger Muslime, die ihre soziale und politische

59 Vgl. Loimeier 1993, S. 163.

60 Vgl. *Sahara Reporters* (New York), 10. Juli 2012: »No going back on Jihad«.

61 Kukah 1994, S. 228.



Umwelt nach den Geboten ihres Glaubens gestalten wollen. Das Scheitern des Scharia-Projekts, das so viel Enthusiasmus ausgelöst hatte, wird daher nicht nur den islamischen Eliten angelastet, sondern auch den Christen.

Nachdem die Muslime in Nordnigeria fast einhellig säkulare Verfassungsprinzipien verworfen haben, ist es schwer, neue Regeln zu finden, die einen Ausgleich zwischen den Religionsgemeinschaften ermöglichen könnten. Der Sultan und andere religiöse Führer des Nordens sprechen zwar gegenüber Boko Haram davon, dass der Islam Frieden und Toleranz verlange, aber sie können diese Ideale nicht überzeugend vermitteln. Denn sie haben sich, als die Gouverneure strikte islamische Gesetze einführten, fast alle für das Reformprojekt eingesetzt, obwohl sie wussten, dass die neue Gesetzgebung die Rechte von Andersgläubigen verletzt. Insbesondere die Anhänger der alten afrikanischen Religionen werden durch das islamische Strafrecht massiv bedroht: »Wer an der Verehrung oder Anrufung eines *juju* teilnimmt, wird mit dem Tode bestraft.«<sup>62</sup> Von der Todesstrafe gegen Traditionalisten wurde nie Gebrauch gemacht, aber die Behörden der Scharia-Staaten haben keine Zweifel daran gelassen, dass es rechtens ist, Nichtmuslime zu diskriminieren. So hat die Regierung des Bundesstaates Kano seit Anfang der 1980er Jahre keine Genehmigungen mehr erteilt, um Kirchen zu bauen,<sup>63</sup> und das gilt selbst für das Fremdenviertel von Kano, das mehrheitlich von Christen bewohnt ist. Als Christen gegen die Scharia protestierten und es zu blutigen Zusammenstößen kam, beharrten die meisten Politiker darauf, dass sie den Willen Gottes ausführen müssen, auch gegen den Widerstand Andersgläubiger. Der beliebteste Politiker des Nordens, Ex-General Buhari, erklärte damals: »Ich bin bereit, für die Sache des Islam zu sterben.«<sup>64</sup>

## 5. Optionen

Unter Muslimen und Christen besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass der Boko-Haram-Konflikt letztlich nur durch einen Dialog mit den Rebellen zu lösen ist. Oft ist auch zu hören, dass grundlegende politische Reformen nötig sind, um die sozialen Ursachen des Aufstands zu beseitigen. Ich werde diese beiden Optionen genauer betrachten, möchte aber zunächst auf eine dritte Option eingehen, die vor allem von einigen Armeeoffizieren favorisiert wurde: Man solle nicht mit Terroristen verhandeln, sondern sie bekämpfen, bis ihr Widerstand gebrochen ist. Die Sicherheitskräfte sind bislang brutal gegen ihre Gegner vorgegangen, mit Massenverhaftungen und Exekutionen. Ein Sieg ist jedoch nicht in Sicht, denn die Rebellen haben keine Mühe, neue Rekruten zu finden. Westliche Beobachter spekulierten, dass Generäle, die für eine militärische Lösung plädieren, kein wirkliches Interesse daran haben, den Kon-

62 Zamfara State of Nigeria 2000: Shariah Penal Code, § 406. – Der Begriff »Juju« wird in § 405 definiert: »Juju« includes the worship or invocation of any object or being other than Allah«.

63 Vgl. Ibrahim 2002, S. 18.

64 Vgl. Tell, 29. Oktober 2001: »Anarchists threaten nation's unity«, S. 36; vgl. Harnischfeger 2006, S. 28-30, 191-196.

flikt zu beenden, profitierten sie doch davon, dass wegen des Aufstands im Norden das Budget für die Sicherheitskräfte massiv aufgestockt wurde, auf sechs Milliarden Dollar für 2012. Doch mir scheint, Armee- und Polizeiführung würden einer Verhandlungslösung nicht im Wege stehen, denn der Einsatz in den Aufstandsgebieten ist unter Soldaten und Polizisten enorm unpopulär. Wer an Straßensperren oder vor öffentlichen Gebäuden Wache hält, ist in ständiger Angst, weil er jederzeit aus dem Hinterhalt beschossen werden kann. Selbst hohe Offiziere wurden liquidiert. Für die Sicherheitskräfte besteht zudem die Gefahr, dass sie, wenn sie noch tiefer in den religiösen Konflikt hineingezogen werden, in Fraktionen zerfallen. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass der Armee- und Polizeiführung die interne Kontrolle entgleitet. So wurden einige muslimische Polizisten festgenommen, weil sie einen Boko-Haram-Führer aus der Polizeihaft hatten entkommen lassen. In anderen Fällen wurden Soldaten beschuldigt, den Rebellen dabei behilflich gewesen zu sein, Bombenanschläge auf Kirchen auszuführen. Aus diesem Grund verlangten einige Kirchenführer, dass die Armee nur noch christliche Soldaten zum Schutz von Kirchen einsetzt.

Es gibt noch einen weiteren Grund, anzunehmen, dass die Sicherheitskräfte ein Interesse an einer Verhandlungslösung haben. Die vielen Straßensperren, Hausdurchsuchungen und willkürlichen Verhaftungen haben die *Joint Task Force* so unbeliebt gemacht, dass sie kaum Unterstützung durch die lokale Bevölkerung erhält. Die Menschen weigern sich in der Regel, Informationen über Boko-Haram-Aktivitäten in ihrer Nachbarschaft weiterzugeben. Natürlich sind die meisten Bürger den Aufstand leid. Er lähmt das Wirtschaftsleben und lässt die Menschen weiter verarmen. Aber die Muslime, mit denen ich sprach, neigten dazu, die Regierung dafür verantwortlich zu machen, dass die Anschläge nicht aufhören: Wenn Präsident Jonathan das Morden in Nordnigeria wirklich beenden wollte, hätte er mit den Boko-Haram-Führern längst eine Verständigung erzielt. War es nicht auch im Fall der Nigerdelta-Rebellen, die jahrelang Ölinstallationien angegriffen hatten, gelungen, sich zu einigen? Präsident Yar'Adua machte ihnen 2009 ein großzügiges Amnestie-Angebot, und sie legten die Waffen nieder.

Boko-Haram-Sprecher hatten Verhandlungen mit Ungläubigen entschieden abgelehnt, sich aber insgeheim mit Regierungsvertretern getroffen. Als die Gespräche durch eine Indiskretion bekannt wurden, zogen sie sich im März 2012 von ihnen zurück, doch sind diverse Vermittler mit Unterstützung der Regierung und anderer politischer Kreise darum bemüht, die Kontakte wiederherzustellen. Die Frage ist nur, worüber man verhandeln soll. Ein Kalifat oder eine islamische Republik ist für christliche Nigerianer nicht akzeptabel, und auch viele Muslime – insbesondere in der Oberschicht – sind nicht bereit, sich der Willkür und den Ressentiments von Scharia-Milizen auszuliefern. Im Fall der Nigerdelta-Rebellen war es einfacher, einen Kompromiss zu finden, denn ihre Forderungen stellten das politische System nicht in Frage. Sie verlangten Kompensation für die Umweltzerstörungen, die Ölfirmen angerichtet hatten, und für die jahrzehntelange Vernachlässigung der Region durch die Zentralregierung. Um ihnen entgegenzukommen, wurde schon 1999 der Anteil an den Öleinnahmen, der direkt an die ölproduzierenden Bundesstaaten ausbezahlt wird, von 3 auf 13 Prozent erhöht. Durch ein Amnestie-Abkommen, das 2009 unterschrieben wurde, erhielten dann Tausende von Kämpfern Reintegrati-

onshilfen mit beruflicher Weiterbildung und Stipendien von 4.900 \$ im Jahr. Ob sich auch die Boko-Haram-Führer durch Geld kaufen lassen, ist allerdings fraglich. Und selbst wenn einige von ihnen einem Abkommen zustimmen sollten, bestünde die Gefahr, dass sich viele Aktivisten nicht daran gebunden fühlen. Schon jetzt kämpfen etliche auf eigene Faust, und bei vielen Angriffen scheint es eher um Raubüberfälle und persönliche Vendettas zu gehen. Waffen sind genug vorhanden, und das Wissen, wie man aus Düngemitteln Sprengstoff herstellt, hat sich über ganz Nordnigeria verbreitet. Das macht es notwendig, nach langfristigen Lösungen zu suchen, die die Ursachen der Krise beseitigen.

Westliche Beobachter fordern von der Regierung, dass sie entschieden gegen Armut und soziale Ungerechtigkeit vorgeht. Statt das Schwergewicht ihres Handelns auf militärische Repression zu legen, sollte sie die Lebensverhältnisse in der rückständigen Nordregion verbessern. Ähnlich argumentieren die Gouverneure der betroffenen Staaten: Eine nachhaltige Lösung könne nur darin bestehen, den vielen arbeitslosen Jugendlichen eine Perspektive zu geben, also mehr Jobs zu schaffen, die Infrastruktur auszubauen und das Bildungssystem zu verbessern. Dafür brauche man zusätzliches Geld. Der Gouverneur von Borno verlangt daher einen Marshall-Plan für seine Region;<sup>65</sup> andere schlagen vor, ein Ministerium zur Entwicklung Nordnigerias zu schaffen. Doch das Problem liegt weniger an einem Mangel an Geld als darin, wie es ausgegeben wird. Politiker aus dem Norden, die die Geschicke des Landes jahrzehntelang bestimmten, hatten mehr Zugriff auf staatliche Ressourcen als ihre Rivalen im Süden, trotzdem ist ihre Region hoffnungslos verarmt. Der Gouverneur von Borno, der zusätzliche Mittel von der Bundesregierung verlangt, hat seinen Bürgern versprochen, eine halbe Million Arbeitsplätze zu schaffen.<sup>66</sup> Aber das ist weder realistisch, noch würde es helfen, die ökonomischen Probleme zu lösen, denn die staatlichen Verwaltungen beschäftigen bereits zu viele Mitarbeiter. Vom Budget der Bundesregierung fließen 72 Prozent in Gehälter und Pensionen. Der Druck, weitere Stellen zu schaffen, wird sicher anhalten, vor allem in Nordnigeria, denn hier gibt es fast keine Industrie, die die wachsende Zahl von Jugendlichen, die auf den Arbeitsmarkt drängen, aufnehmen könnte: »Nigeria sitzt auf einem Pulverfass, wenn die Bevölkerung sich weiter so vermehrt und die Politik nichts tut, um Jobs zu schaffen [...]. Bei meinen Besuchen in den betroffenen [Stadt-]Gebieten habe ich Hunderte von jungen Leuten gesehen, die noch in den Häusern der Eltern wohnten, ohne irgendwas zu tun.«<sup>67</sup> In der Metropole Kano mit seinen neun Millionen Einwohnern haben die meisten Industriebetriebe geschlossen. Von 350 Firmen, die 1987 registriert waren, sind 103 geblieben.<sup>68</sup> Selbst die landwirtschaftliche Produk-

65 Vgl. Kashim Shettima, Gouverneur von Borno, in *Leadership*, 15. Mai 2012: »The challenges of insecurity in Borno State«, Kapitel »The way forward«.

66 Vgl. ebd.

67 Kashim Shettima, Gouverneur von Borno, in *Weekly Trust* (Abuja), 7. Juli 2012: »The deserted areas of Maiduguri«. – Die Geburtenrate liegt im Nordosten bei 7,2 Kindern pro Frau, im Süden Nigerias bei 4,5 bis 4,8 Kindern (National Population Commission of Nigeria 2008).

68 Vgl. *The Economist*, 28. Januar 2010: »Stagnation stirs everything up«.

tion reicht nicht aus, die Bevölkerung zu ernähren. Da ländliche Gebiete dicht besiedelt sind und unter Dürren leiden, ziehen Millionen in den Süden, vor allem in den Middle Belt, wo es noch einige ungenutzte Landflächen gibt. Aber hier stoßen sie auf eine alteingesessene Bevölkerung, die ihr Territorium zu verteidigen sucht. Da die Indigenen auf dem Jos-Plateau und in anderen umstrittenen Gebieten mehrheitlich Christen sind und die Zuwanderer Muslime, nehmen die Ressourcenkonflikte oft einen religiösen Charakter an. Die indigenen Birom, Angas oder Tarok könnten, wenn sie die Kontrolle über das Land und die lokale Verwaltung verlieren sollten, nicht in den Süden Nigerias fliehen, und Boko Haram spricht auch nicht davon, sie zu vertreiben. Wahrscheinlich ist die Forderung, zum Islam zu konvertieren, vor allem an *sie* gerichtet. Christen ohne eine andere Heimat als die Nordregion sollen sich islamischer Autorität unterwerfen und das Projekt einer religiösen Erneuerung nicht behindern.

Da die Boko-Haram-Führer ihrem Ziel, einen islamischen Staat zu schaffen, nicht näherkommen, ist anzunehmen, dass sie in Zukunft stärker in lokale Konflikte eingreifen werden, vor allem auf dem Jos-Plateau und in Kaduna. Mit zunehmender Landknappheit dürften hier die bewaffneten Konflikte eskalieren, aber solche Kämpfe um lokale Vorherrschaft bedrohen nicht die Existenz Nigerias. Es ist auch denkbar, dass die Boko-Haram-Aktivitäten abflauen, etwa wenn sich bei den Präsidentschaftswahlen 2015 Muhammadu Buhari durchsetzen würde. Die Machtübernahme durch einen Hausa-Fulani-Politiker, der sich wie kaum ein anderer für eine Islamisierung ausgesprochen hat, könnte allerdings heftige Reaktionen in der Heimat des jetzigen Präsidenten auslösen. Politiker aus dem Nigerdelta klagen, dass ihre Rivalen aus dem Norden mit allen Mitteln versuchen, Goodluck Jonathan aus dem Amt zu drängen, und sie warnen, dass sie die Ölproduktion stoppen werden, falls Jonathan durch Erpressung und Gewalt die Präsidentschaft verliert.

## Literatur

- Adamu, Abdulla Uba 2010. *African Neo-Kharjites and Islamic militancy against authority – the Boko Haram/Yusufiyya Kharjites of Northern Nigeria*. Paper presented to the Islam in Africa Working Group of the African Studies Center, University of Florida, 24. Februar 2010 (unveröffentlicht).
- Akukwe, Obinna 2012. *Jonathan, Gusau, Azazi and Boko Haram sponsors*. <http://gamji.com/article/9000/NEWS9741.htm> (Zugriff vom 08.08.2012).
- Alkali, Muhammad N.; Abubakar, Kawu M.; Ballama, Shettima M. 2012. *Overview of Islamic actors in Northeastern Nigeria*. NPN Working Paper No. 2. <http://3.qeh.ox.ac.uk/pdf/nrn/WP2Alkali.pdf> (Zugriff vom 12.07.2012).
- Campbell, John 2011. *Nigeria – dancing on the brink. A council on foreign relations book*. Lanham: Rowman & Littlefield.
- Campbell, John; Harwood, Asch 2011. »Nigeria's challenge«, in *Atlantic Monthly*, 24. Juni 2011. <http://theatlantic.com/international/archive/2011/06/nigerias-challenge/240961> (Zugriff vom 28.11.2011).
- Crisis Group 2010. *Northern Nigeria – background to conflict*. Africa Report No. 168, 20. Dezember 2010. <http://www.crisisgroup.org/en/regions/africa/west-africa/nigeria/168-northern-nigeria-background-to-conflict.aspx> (Zugriff vom 17.09.2011).
- Forest, James J. F. 2011. »Al-Qaeda's influence in Sub-Saharan Africa – myths, realities and possibilities«, in *Perspectives on Terrorism* 5, S. 3-4. <http://terrorismanalysts.com/pt/index.php/pot/article/view/156/html> (Zugriff vom 22.06.2012).

- Gwarzo, Tahir H. 2003. »Activities of Islamic civic associations in the Northwest of Nigeria – with particular reference to Kano State«, in *Afrika Spectrum* 38, 3, S. 289-317.
- Harnischfeger, Johannes 2006. *Demokratisierung und Islamisches Recht – der Scharia-Konflikt in Nigeria*. Frankfurt a. M., New York: Campus.
- Human Rights Watch 2012. *Nigeria – Boko Haram widens terror campaign*, 23. Januar 2012. <http://hrw.org/news/2012/01/23/nigeria-boko-haram-widens-terror-campaign> (Zugriff vom 14.05.2012).
- Ibrahim, Jibrin 2002. *Democracy and minority rights in Nigeria – religion, Shari'a and the 1999 constitution*. Paper for the conference on »Globalization, state capacity and self-determination in Muslim contexts«, University of California, Santa Cruz, 7.-10. März 2002. <http://2.ucsc.edu/cgirs/conferences/Carnegie/papers/ibrahim.pdf> (Zugriff vom 18.01.2005).
- Iliffe, John 2011. *Obasanjo, Nigeria and the world*. Woodbridge, Suffolk: James Currey.
- Kalu, Ogbu U. 2002. »The religious dimension of the legitimacy crisis, 1993-1998«, in *Nigeria in the twentieth century*, hrsg. v. Falola, Toyin, S. 667-685. Durham: Carolina Academic Press.
- Kenny, Joseph 2012. »Can Boko Haram win?«, in *The Guardian* (Lagos), 27./28. Februar 2012. <http://josephkenny.joyeurs.com/Guardian.htm> (Zugriff vom 14.05.2012).
- Kukah, Matthew H. 1994. *Religion, politics and power in Northern Nigeria*. Ibadan: Spectrum.
- Kukah, Matthew H. 2009. »Boko Haram – Nachdenken über Ursachen und Wirkungen«, in *Missio* 34. <http://missio-hilft.de/media/thema/menschenrechte/studie/34-nigeria-de-en-fr.pdf> (Zugriff vom 03.05.2012).
- Last, Murray 2000. »La charia dans le Nord-Nigeria«, in *Politique Africaine* 79, S. 141-152.
- Last, Murray 2008/2009. »The pattern of dissent – Boko Haram in Nigeria 2009«, in *Annual Review of Islam in Africa* 10, S. 7-11.
- Loimeier, Roman 1993. *Islamische Erneuerung und politischer Wandel in Nordnigeria – die Auseinandersetzungen zwischen den Sufi-Bruderschaften und ihren Gegnern seit Ende der 50er Jahre*. Münster, Hamburg: LIT Verlag.
- Mohammed, Abdulkareem 2010. *The paradox of Boko Haram*. Kano: Moving Image Limited.
- Muhammad, Abubakar D. 2003. *Muslims responses to the re-implementation of Sharia in Northern Nigeria*. Paper presented at the conference on »The Sharia debate and the shaping of Muslim and Christian identities in Northern Nigeria«, Universität Bayreuth, 11.-12. Juli 2003 (unveröffentlicht).
- National Population Commission of Nigeria 2008. *Nigeria Demographic and Health Survey (NDHS) – fact sheet*. <http://measuredhs.com/pubs/pdf/gf15/gf15.pdf> (Zugriff vom 18.06.2012).
- National Population Commission of Nigeria 2011. *Nigeria DHS EdData Survey 2010 – education data for decision-making*. <https://eddataglobal.org/documents/index.cfm?fuseaction=pubDetail&cid=329> (Zugriff vom 18.06.2012).
- Pérouse de Montclos, Marc-Antoine 2012. *Boko Haram et le terrorisme islamiste au Nigeria – insurrection religieuse, contestation politique ou protestation social?* Centre d'études et de recherches internationales, Sciences Po. <http://ceri-sciences-po.org/publica/question/qdr40.pdf> (Zugriff vom 03.07.2012).
- Sani, Shehu 2011. »Boko Haram – history, ideas and revolt«, in *Newsdiary*, 3. August 2011. [http://newsdiaryonline.com/shehu\\_boko\\_haram.htm](http://newsdiaryonline.com/shehu_boko_haram.htm) (Zugriff vom 07.05.2012).
- Tijani, Kyari 2008/2009. »Boko Haram – reflections of a Nigerian progressive«, in *Annual Review of Islam in Africa* 10, S. 12-16.
- Tilde, Aliyu U. 2009. »We are Boko Haram«, in *Nigerian Village Square*, 20. August 2009. <http://nigeriavillagesquare.com/articles/aliyu-u-tilde/we-are-boko-haram.html> (Zugriff vom 10.05.2012).
- U.S. House of Representatives Committee on Homeland Security 2011. *Boko Haram – emerging threat to the U.S. homeland*. <http://homeland.house.gov/hearing/subcommittee-hearing-boko-haram-emerging-threat-us-homeland> (Zugriff vom 11.05.2012).
- Walker, Andrew 2012. *What is Boko Haram?* United States Institute of Peace, Special Report 308. <http://usip.org/publications/what-boko-haram> (Zugriff vom 27.07.2012).
- Zamfara State of Nigeria 2000. *Gazette, No. 1, 15th June, 2000. Vol. 3, Law No. 10, Shariah Penal Code Law*. Gusau, Zamfara State: Ministry of Justice.

**Zusammenfassung:** Die Führer der Boko-Haram-Rebellen hatten enge Verbindungen zur muslimischen Elite Nordnigerias, und sie erhalten vermutlich weiterhin finanzielle Unterstützung von Politikern, die Druck auf den christlichen Präsidenten aus dem Süden ausüben wollen. Doch sie sind kein »Werkzeug« muslimischer Politiker. Ihr Kampf für eine strikte Form der Scharia richtet sich nicht nur gegen das Regime des christlichen Präsidenten, sondern auch gegen die eigenen korrupten Eliten.

**Stichworte:** Scharia, Milizen, politische Erpressung, westliche Bildung, Dialog

### Rivalry among elites and militant Islam. The Boko Haram uprising in Nigeria

**Summary:** The leaders of the Boko Haram rebels used to have close contact with the political establishment in the Muslim north of Nigeria. Presumably they still get financial support from politicians who want to put pressure on the Christian president from the south. However, the rebels are not an »instrument« of Muslim politicians. Their fight for a strict form of Sharia is not only directed against the regime of the Christian president, it also targets their own corrupt elites.

**Keywords:** Sharia, militias, political blackmail, western education, dialogue

#### Autor

Dr. Dr. Johannes Harnischfeger  
Universität Frankfurt  
Institut für Afrikanistik  
Mertonstr. 17-21  
60054 Frankfurt  
j.harnischfeger@gmx.de